

Ein Diskussionsbeitrag von Dirk Stegemann

Der makabere "Wettlauf" von rechtspopulistischen und rassistischen Organisationen, wer die spätestens seit der Veröffentlichung des sarrazinschen Pamphlets "Deutschland schafft sich ab" immer deutlicher hervortretenden Ressentiment und Vorurteile gegenüber Migrant_innen insbesondere Muslim_innen in Deutschland am besten in Wähler_innenstimmen umzusetzen versteht, findet seine Fortsetzung. So versuchten am vergangenen Freitag unter dem Protest von ca. 300 Gegendemonstrant_innen die angeblich geläuterten Nazis und Rassist_innen von "Pro Deutschland" erneut ihren Größenwahn durch die Gründung eines Ortsverbandes Berlin-Neukölln unter Beweis zu stellen. Ganze 12 stimmberechtigte Unterstützer_innen bei Anwesenheit des NPD-Bezirksverordneten Jan Sturm offenbarten die fehlende personelle und finanzielle Unterstützung dieser selbsternannten "Bürgerbewegung". Selbst die hektische Ankündigung immer neuer Ortsverbandsgründungen in weiteren Bezirken Berlins kann die fehlende Resonanz in der Öffentlichkeit nicht verschleiern. Weder der angekündigte Zusammenschluss mit den Reps noch die zugesagte direkte Unterstützung durch die FPÖ konnte die von ihnen erhoffte Trendwende aus der Bedeutungslosigkeit hervorrufen.

Derweil hatte sich einen Abend zuvor, die Partei „Die Freiheit“ konstituiert und ein Grundsatzprogramm beschlossen. Während der Ex-CDU´ler Stadtkewitz, gleichzeitig Vorstandsmitglied der ebenfalls selbsternannten „Bürgerbewegung Pax Europa“, die Ankündigung der Parteigründung noch unter medialem Rummel vollzogen hatte, fand die Gründung selbst in aller Stille statt. Allem Anschein nach sollte damit "Pro Deutschland" schnell noch die Show gestohlen werden. Die Eile, Verschwiegenheit und fehlende interne Abstimmungen – entgegen der ansonsten immer viel gepriesenen Transparenz - die Stadtkewitz und Co hier an den Tag legten, sind wohl Ausdruck und Auslöser interner Querelen in der Führungsetage der Partei "Die Freiheit" und haben vermutlich in Aaron König ein erstes "Opfer" gefunden. Das Ex-Bundesvorstandsmitglied der Piratenpartei und Mitinitiator der Partei "Die Freiheit" tauchte weder bei deren Gründung noch auf deren Webseite auf. Auf seinem Webblog verkündete er: "Im Nachhinein bin ich sehr froh, nicht in den Vorstand gewählt worden zu sein, denn weder mit den Inhalten des Programms noch mit der intransparenten Weise, wie es durchgesetzt wurde, kann ich mich identifizieren. Wie ich weiter mit dem Projekt FREIHEIT verfare, werde ich in Kürze entscheiden."

Insofern dürfte der Versuch von Stadtkewitz, "Pax Euopa" und dem rassistischen Webblog "politically incorrect", Wilders alleinige Entscheidungsgewalt in seiner Einmannpartei PVV, die ihre Legitimation in der Unterstützung durch eine rassistisch motivierte Bewegung sucht und durch bezahlte, gehorsame Abgeordnete im niederländischen Parlament umgesetzt wird, zu kopieren, im Ansatz gescheitert sein. Eines zeigt sich aber sehr deutlich: In den Umgangsformen miteinander und der Intransparenz von Entscheidungen unterscheidet sich diese Partei überhaupt nicht von einer anderen und ist keineswegs die "freiheitliche", "transparente" Partei, die sie vorgibt, sein zu wollen.

Unabhängig davon, ob das beschlossene Grundsatzprogramm "alter Wein in neuen Schläuchen" ist, denn dort festgeschriebene Forderungen finden sich ähnlich auch bei anderen Parteien wie der CDU oder gar bei der NPD, bestätigt dies, dass derzeit zwar die von ihnen verbreitet rassistische Ideologie gefährlich ist und ein gewisses Potential an Vorurteilen und Ressentiments zu nutzen und zu schüren versteht, aber die Hauptgefahr nach wie vor nicht von diesen zersplitterten und zerstrittenen rechtspopulistischen und rassistischen Parteien ausgeht. Die Gefahr dieser rechtspopulistischen

Parteien besteht vor allem darin, dass sie mit ihrer Propaganda auf das politische Klima eines Landes einen verheerenden, langfristig wirksamen Einfluss haben. Die Einbindung rechter Inhalte durch so genannte etablierte Parteien und einen Teil der Medien führt zu einer Verschiebung nach rechts, nicht nur weil Rechte gleichsam von außen hinzukommen, sondern weil es die Bereitschaft gibt, sich nach rechts hin zu öffnen und zu verpflichten. Mit der Bindung der Rechten an eine „demokratische Volkspartei“ werden diese integriert, aber eben nur um den Preis, dass auch die Partei rechte Inhalte aufnimmt. Insgesamt werden dadurch die Koordinaten der Politik verschoben. Rechte Positionen werden Teil des offiziellen Diskurses und werden gar nicht mehr als rechts wahrgenommen. Genau eine solche Entwicklung hat es vor allem in den letzten 20 Jahren gegeben.